

treten. Auf dem Gewerkschaftskongress im Oktober stellte Staatspräsident und Parteichef Jiang Zemin klar, daß es die Aufgabe der Gewerkschaftsvertretungen sei, als "Brücke" zwischen Partei, Regierung und Arbeitern zu fungieren und die Belegschaften für die Reformpläne in den Großunternehmen zu gewinnen. Hu Jintao, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, forderte in seiner Rede die Arbeiter dazu auf, ihre unmittelbaren Eigeninteressen dem langfristigen Interesse an der Wirtschaftsentwicklung unterzuordnen. Er wies den Gewerkschaften die Aufgabe zu, als "wichtige gesellschaftliche Stütze der Staatsgewalt" zu dienen. Nach dem revidierten Gewerkschaftsstatut sollen sich die Arbeitervertretungen auf eine Rolle als "Verbindungsglied und Brücke zwischen der Kommunistischen Partei und den Arbeitermassen" beschränken. (XNA, 24./30.10.93; RMRB, 25.10.93)

Die Gewerkschaft ist bemüht, im Rahmen der ihr von der Parteiführung zugestandenen Möglichkeiten ihren Aufgaben nachzukommen. So schickte der Gesamtchinesische Gewerkschaftsbund Untersuchungskommissionen in die Orte (Shenzhen, Fuzhou und zwei Orte in der Provinz Hebei), in denen während der letzten Monate schwere Brände in Fabriken Hunderte von Todesopfern gefordert hatten. (RMRB, 5./15./29.12.93)

Nach offiziellen Angaben gab es in China 1993 insgesamt mehr als 200 Mio. Arbeiter und Angestellte. Über 90% der ca. 100 Mio. Arbeitnehmer in staatlichen Betrieben seien gewerkschaftlich organisiert. In ländlichen Unternehmen, die inzwischen fast ebenso viele Menschen beschäftigen sollen, sei hingegen nur ein verschwindender Teil der Arbeitnehmer Gewerkschaftsmitglied. Unter den etwa fünf Mio. Arbeitern, die in Unternehmen mit ausländischer Beteiligung arbeiten, soll ebenfalls nur eine sehr geringe Zahl gewerkschaftlich organisiert sein. Die Errichtung von Arbeitervertretungen soll nun aufgrund häufiger Unfälle und Streitigkeiten in solchen Betrieben obligatorisch werden. (AWSJ, 29.10.93) Offiziellen Angaben zufolge gibt es in China zur Zeit etwa 617.000 gewerkschaftliche Basisorganisationen, in denen insgesamt 132,2 Mio. Mitglieder registriert und 18 Mio. Gewerkschaftsaktivisten oder -funktionäre tätig sind. (XNA, 16./28.10.93) -hei-

* (14) Nuklearprogramm

Ende Dezember hat der Präsident der staatlichen Nationalen Nukleargesellschaft Jiang Xinxiong in Peking Pläne zu einem Ausbau der chinesischen Atomindustrie bekanntgegeben. China werde noch in diesem Jahrzehnt mit einem Netz von Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen überzogen, das die internationale Stellung des Landes untermauern werde. Auch das Atomwaffenprogramm (China hat 1964 seine erste Atombombe gezündet) werde ausgebaut und auf den neuesten internationalen Stand gebracht.

Die wichtigste Aufgabe der Elite unter den chinesischen Atomwissenschaftlern werde es sein, Atomkraftwerke mit einer Leistung zwischen 600 und 1200 Megawatt zu konstruieren, die sowohl im Inland als auch ins Ausland verkauft werden sollen. Derzeit stellt China schon kleinere Reaktoren für Iran und Pakistan her. In China ist bisher nur ein im Land selbst entwickeltes Atomkraftwerk am Netz. (FAZ, 29.12.93; AWSJ, 29.12.93)

Premierminister Li Peng wird im Februar den ersten der beiden 900-Megawatt-Reaktoren in der Daya Bay nahe Hongkong in Gang setzen können. Die beiden Kraftwerke wurden mit ausländischer Technologie gebaut. Die Stromproduktion sollte ursprünglich bereits im Herbst 1993 aufgenommen werden. Der Zeitplan scheiterte aber an technischen Mängeln. Das chinesische Nuklearprogramm hat im benachbarten Hongkong aufgrund offenkundiger technischer Unzulänglichkeiten erhebliche Ängste ausgelöst. (AWSJ, 15.12.93) -hei-

Kultur

* (15) China auf dem Bildungsgipfel der neun bevölkerungsreichsten Staaten

Vom 15.-16.12.1993 fand in New Delhi ein Bildungsgipfel der neun bevölkerungsreichsten Länder der Erde statt. Neben China zählten Ägypten, Bangladesh, Brasilien, Indien, Indonesien,

Mexiko, Nigeria und Pakistan zu den Teilnehmern. Von den 1 Mrd. Analphabeten in der Welt stammen 72 Prozent aus diesen neun Ländern. Die Konferenz war von den UN-Organisationen UNESCO, UNICEF und UNFPA (United Nations Fund for Population Activities) organisiert worden. Den UN liegt daran, das "efa" (education for all)-Programm gerade in diesen Ländern voranzutreiben und die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erziehung zu fördern. Ziel der UNESCO ist es, "education for all" weltweit bis zum Jahr 2000 zu verwirklichen. (RMRB, 3.12.93; XNA, 3. u. 9.12.93)

Auf der Konferenz wurde eine Deklaration angenommen, in der alle neun Länder sich verpflichten, die allgemeine Grundschulbildung einzuführen. Sie enthält auch einen eigenen Abschnitt über Frauenbildung, in dem anerkannt wird, daß Bildung für Frauen und Mädchen für sich ein wichtiges Ziel ist und entscheidend zur gesellschaftlichen Entwicklung beiträgt. Ferner sollen Status, Ausbildung und Lebensumstände der Lehrer verbessert und jedem Kind der Schulbesuch ermöglicht werden. Schließlich wird in der Deklaration stärkere internationale finanzielle Unterstützung für die Bildungsprogramme in der neun Staaten gefordert. (XNA, 17.12.93)

In der Gruppe dieser Länder gelten Chinas Erfolge im Kampf gegen das Analphabetentum und bei der Einführung der allgemeinen Schulpflicht als vorbildlich. Von chinesischer Seite wird betont, daß China in den vergangenen vierzig Jahren die Analphabetenrate von 80 auf 16 Prozent haben senken können und heute der Grundschulbesuch bei 91 Prozent der schulpflichtigen Kinder eingeführt sei (XNA, 17.12.93). Angaben des stellvertretenden Erziehungsministers Liu Bin zufolge hat die chinesische Regierung in den vergangenen zehn Jahren 100 Mrd. Yuan in den Bau und die Ausstattung von Schulen investiert. Geldmangel, die hohe Zahl der Schulabbrecher und die unzureichenden Bedingungen für die Lehrer seien allerdings nach wie vor akute Probleme in Chinas Erziehungswesen. (XNA, 7.12.93) Vor allem in den ländlichen Gebieten ist die Situation schwierig. Hier leben 90 Prozent der 180 Mio. Analphabeten; 70 Prozent der Analphabeten sind weiblich. (XNA, 17.12.93)

Im Kampf gegen das Analphabetentum nimmt die Mädchenbildung einen entscheidenden Platz ein. Wenn es nicht gelinge, die Mädchenbildung auf dem Lande und besonders in Minderheitsgebieten zu intensivieren, so einige Wissenschaftler, werde die Einführung der neunjährigen Schulpflicht scheitern. Als Haupthindernisse für die Mädchenbildung werden Mangel an Bildungseinrichtungen, zu große Entfernung der Schulen, niedrige Einkommen der Eltern und traditionelle Vorurteile gegen Mädchen, die gegenüber Jungen als minderwertig betrachtet werden, genannt. (XNA, 22.12.93) Die Benachteiligung der Mädchen im Erziehungswesen wird dadurch dokumentiert, daß zum einen zwei Drittel aller Analphabeten in China Frauen sind und zum anderen 68,08 Prozent der 2,084 Mio. Kinder in ganz China, die keine Schule besuchen, Mädchen sind (ebd.).

Angesichts dieser Situation hat China im Jahre 1992 ein Versuchsprogramm zur Erziehung von Mädchen auf dem Lande begonnen, das im 8.Fünffjahrplan (1991-95) als Schlüsselprojekt aufgeführt ist. Für das Projekt wurden 32 ländliche Grundschulen in den unterentwickelten Provinzen Gansu und Qinghai sowie dem Autonomen Gebiet Ningxia ausgewählt. Als Ergebnis des Versuchsprogramms konnte in den vergangenen beiden Jahren der Anteil der Schülerinnen um durchschnittlich 6 Prozent gesteigert und die Abbrecherquote unter den Mädchen auf unter 10 Prozent gesenkt werden. Dieser Anfangserfolg, so heißt es, habe das Interesse der Experten von UNESCO und UNICEF geweckt und könne auch für andere Länder mit ähnlichen Bedingungen von Bedeutung sein. (XNA, 22.12.93)

Chinas internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Bildungswesens im Rahmen von UN-Organisationen und seine dadurch gegebene Einbindung in internationale Bildungsprogramme und Zielsetzungen kann für die Bildungsarbeit in China nur von Vorteil sein. Zwar muß der chinesischen Regierung zugebilligt werden, daß es ihr mit der Einführung der neunjährigen Schulpflicht ernst ist, aber auf unterer Ebene ist diese Einsicht nicht immer gegeben, und hier haben internationale Forderungen möglicherweise größere Autorität. Ein Anreiz für verstärkte Anstrengungen stellten freilich auch

die finanzielle Unterstützung chinesischer Bildungsprogramme durch internationale Organisationen dar: In den letzten zehn Jahren hat China zur Entwicklung seines Bildungswesens 70 Mio. US\$ an Zuschüssen und 100 Mio. US\$ in Form von Krediten erhalten (XNA, 3.12.93). -st-

*(16)

Die besten Universitäten Chinas

Die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik hat die fünf besten Universitäten Chinas gewählt. Es sind dies

- die Beijing-Universität
 - die Qinghua-Universität (Beijing)
 - die Nanjing-Universität
 - die Chinesische Universität für Wissenschaft und Technik (Hefei)
 - die Medizinische Universität Beijing.
- Die Wahl erfolgte aufgrund der Zahl der wissenschaftlichen Arbeiten, die im Jahre 1992 veröffentlicht worden waren. Ein weiteres Kriterium war die Zahl der wissenschaftlichen Arbeiten, die international zitiert wurden. (XNA, 19.12.93)

Dem neuesten Überblick aufgrund der 1992 veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten zufolge waren die zehn besten Universitäten Chinas, deren Publikationen in der internationalen Zeitschrift *Scientific Citation Index* aufgeführt wurden, die folgenden:

- die Nanjing-Universität
- die Beijing-Universität
- die Universität Lanzhou
- die Fudan-Universität
- die Chinesische Universität für Wissenschaft und Technik
- die Qinghua-Universität
- die Universität Jilin
- die Universität Zhejiang
- die Universität Shandong
- die Medizinische Universität Beijing.

Unter diesen zehn besten Universitäten rangiert die Nanjing-Universität an erster Stelle; über 200 ihrer wissenschaftlichen Arbeiten wurden 1992 im Ausland publiziert. (Ebd.)

Die qualitative Einstufung der chinesischen Universitäten durch die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik ist Ausdruck einer zunehmenden Hierarchisierung in der Hochschullandschaft Chinas. Diese wiederum ist eine Folge des enormen Ausbaus des tertiären Bildungssektors mit Beginn der Reformperiode. Gab es

1977 lediglich etwa 400 reguläre Universitäten und Hochschulen, so hat sich deren Zahl bis Ende der achtziger Jahre auf 1.075 erhöht. -st-

*(17)

Zentrales Nationalitäten-Institut wird Universität

Die Staatliche Erziehungskommission hat kürzlich die Umwandlung des Zentralen Nationalitäten-Instituts in Beijing in eine Universität für Nationalitäten gebilligt. Das Institut war 1951 in der Hauptstadt gegründet worden. Sein Vorläufer war das 1941 in Yan'an errichtete Nationalitäten-Institut. Die Zentrale Universität für Nationalitäten verfügt über 22 Seminare mit 101 Disziplinen und bildet über 5.000 Studenten aller Nationalitäten Chinas aus. Bisher hat das Institut gut 30.000 Leute aus Minderheitsgebieten ausgebildet; hinzu kommen 1.500 Studenten aus dem Ausland. Die Universität will ihren Fächerkanon auf 110 ausdehnen und nunmehr auch Postgraduierte aufnehmen. Besonderes Schwergewicht soll künftig auf die Lehrerbildung für höhere Schulbildung in den Minderheitsgebieten gelegt werden. (XNA, 21.12.93)

Das ehemalige Zentrale Nationalitäten-Institut ist die angesehenste Ausbildungsstätte für Angehörige nationaler Minderheiten. Hier studieren die besten Studenten aus Minderheitsgebieten ganz Chinas. Angehörige nationaler Minderheiten können auch an chinesischen Hochschulen und Universitäten studieren, sofern diese spezielle "Klassen" für Minderheitenstudenten eingerichtet haben. Überdies nehmen die jeweiligen Provinzuniversitäten in der Regel einen bestimmten Prozentsatz von Minderheitenstudenten auf. -st-

*(18)

Privatschulen

Nach einer Unterbrechung von über vierzig Jahren erleben Privatschulen in China ein Comeback. In den letzten Jahren wurden im ganzen Land zahllose Privatschulen aller Stufen gegründet. Private Lehranstalten entstanden im Zuge der Bildungsreform zuerst im tertiären Bildungssektor; erst in den letzten beiden Jahren folgten in zunehmendem Maße private Grund- und

Mittelschulen. In Shanghai beispielsweise erhöhte sich mit Beginn des neuen Schuljahres im Herbst 1993 die Zahl privater Grund- und Mittelschulen auf 15 mit insgesamt 1.621 Schülern (XNA, 12.9.93). Auch in Beijing gibt es bereits mehrere Privatschulen (s. XNA, 29.8.93, 10.9.93 u. 4.12.93). Träger solcher Schulen sind entweder Privatpersonen, Unternehmen oder "gesellschaftliche Gruppen". Privatschulen haben allgemein einen höheren Standard als die öffentlichen Schulen. Sie können gut qualifizierte Lehrer einstellen und bieten den Schülern eine angenehme, teilweise sogar luxuriöse Umgebung (vgl. etwa den Bericht über ein privates Internat in Guangdong in C.a., 1993/3, Ü 22). Im Vergleich zu öffentlichen Schulen dürfen sie eigene Lehrbücher verwenden und ihren Schülern eine Fülle zusätzlichen oder alternativen Bildungstoffs vermitteln. Viele Schulen konzentrieren sich auf Fremdsprachen- oder Computerunterricht. Für den Besuch einer Privatschule muß Schulgeld gezahlt werden. Es liegt so hoch, daß es die meisten Familien sich nicht leisten können, ihre Kinder auf eine solche Schule zu schicken. In Shanghai beträgt das Schulgeld pro Jahr auf der Grundschule durchschnittlich 1.200 Yuan, auf der unteren Mittelschule 1.600 Yuan und auf der oberen Mittelschule 2.000 Yuan (vgl. XNA, 12.9.93). Häufig müssen sehr hohe Aufnahmegebühren entrichtet werden. Von einer bestens ausgestatteten privaten Grundschule in Sichuan z.B. wird berichtet, daß die Schule eine einmalige Aufnahmegebühr von 180.000 Yuan erhebt (SCMP, 5.8.93). Für eine bestimmte private Grundschule in Beijing beträgt die Aufnahmegebühr 20.000 - 30.000 Yuan und das jährliche Schulgeld 3.000 Yuan (vgl. *Zhengming*, 1993/9, S.39).

In der Öffentlichkeit sind die Privatschulen sehr umstritten. Während sie von offizieller Seite gebilligt werden, weil sie die öffentlichen Haushalte entlasten, werden sie in der Bevölkerung durchweg als "Aristokratenschulen" (*guizu xuexiao*) kritisiert (ebd.), zum einen, weil sie nur Kindern reicher Eltern zur Verfügung stehen, zum anderen, weil sie aufgrund ihres besseren Bildungsangebots die Aufstiegschancen der Absolventen öffentlicher Schulen vermindern. In den Augen der Kritiker begünstigen diese "Eliteschulen" die Herausbildung neuer Ungleichheiten im chinesischen Bildungswesen.

Die Kritik ist derjenigen an den Schwerpunktschulen zu vergleichen, deren Absolventen ebenfalls ungleich bessere Bildungs- und Aufstiegschancen haben als diejenigen öffentlicher Schulen. -st-

*(19)

Xinjiang: Vorschriften für Post und Telekommunikation

Im Oktober 1993 veröffentlichte die *Xinjianger Tageszeitung* Vorschriften für Post und Telekommunikation im Autonomen Gebiet Xinjiang. Sie waren kurz zuvor vom Ständigen Ausschuß des Volkskongresses des Autonomen Gebietes Xinjiang verabschiedet worden und traten mit der Veröffentlichung in Kraft. Die wichtigsten Bestimmungen lauten (vgl. *Xinjiang Ribao*, 19.10.93, nach SWB, 9.12.93):

- Freiheit und Privatheit der Telekommunikation wird dem Bürger per Gesetz garantiert. Mitteilungen über Telekommunikation dürfen entsprechend den gesetzlichen Vorschriften nur von öffentlichen Sicherheitsorganen oder Gerichten auf und oberhalb der Kreisebene eingesehen werden, und zwar nur aus Gründen der staatlichen Sicherheit oder zum Zwecke der Verbrechensaufklärung. (Art. 23)
- Durch die gesetzmäßige Kontrolle und Inspektion von Postsendungen bei Zoll und Quarantäneabteilungen darf die Auslieferung nicht verzögert werden. Wenn die zuständigen Stellen internationale Postsendungen zurückhalten, versiegeln, konfiszieren oder vernichten, müssen sie unter Nennung der jeweiligen Arbeitsschicht die zuständigen Postämter innerhalb von 24 Stunden informieren. (Art. 24)
- Post- und Telekommunikationsämter dürfen darüber, wie der Kunde Post- und Telekommunikationsdienste benutzt, sowie über deren Inhalt keine Einzelheiten preisgeben, außer wenn das Gesetz es vorschreibt. Postsendungen, Telefongespräche und Telegramme müssen schnell und genau ausgeliefert bzw. erledigt werden, und das Post- und Telefongeheimnis ist zu wahren. Post darf nicht heimlich geöffnet und Telefongespräche dürfen nicht abgehört werden. (Art. 25)

- Kunden, die geheime staatliche Informationen über Telekommunikation übermitteln, tragen selbst die Verantwortung für Maßnahmen zum Schutz ihrer geheimen Mitteilungen. Der Gebrauch von Geheimcodes, die nicht von den zuständigen staatlichen Organen geprüft und genehmigt sind, ist verboten.

Post- und Telekommunikationsämter haben das Recht, öffentliche Telegramme oder Faxe zurückzuhalten, die die staatliche Sicherheit oder öffentliche Ordnung gefährden oder gegen die Gesetze verstoßen. (Art. 26)

- Ausländische Organisationen und Staatsangehörige müssen sich an die Sicherheits- und Geheimnisvorschriften bei der Telekommunikationstechnik entsprechend den gesetzlichen Regelungen der VR China halten, wenn sie in dem Autonomen Gebiet Telekommunikations-einrichtungen bauen oder Post- und Telekommunikationsdienste in Anspruch nehmen. (Art. 27)

- Post- und Telekommunikationsämter sollen bei ihren Dienstleistungen die uighurische oder chinesische Sprache verwenden. In autonomen Präfekturen oder Kreisen kann die dort jeweils übliche Sprache verwendet werden. Für Ausländer sollen die Voraussetzungen für fremdsprachliche Dienstleistungen geschaffen werden. (Art. 28)

- Die politisch-ideologische Erziehung des Personals der Post- und Telekommunikationsämter soll verstärkt werden, ferner die berufliche und sprachliche Ausbildung. (Art. 29)

Die neuen Möglichkeiten der Telekommunikationstechnik erfordern aus offizieller chinesischer Sicht verschärfte Regelungen, besonders in Gebieten wie Xinjiang, wo die Nationalitätenfrage so akut ist und vielfältige Kommunikationsstränge mit den Nachbarstaaten bestehen. Die jüngst erlassenen Vorschriften sollen eindeutig Verbindungen mit Hilfe der neuen Kommunikationstechnik unter staatlicher Kontrolle halten. Auf den ersten Blick erwecken sie zwar den Eindruck, daß die individuellen Freiheitsrechte wie Brief- und Telefongeheimnis gewahrt und gewisse Prozeduren eingehalten werden; in Wirklichkeit aber ist staatlicher und behördlicher Willkür Tür und Tor

geöffnet, denn die Ämter haben das Recht, Sendungen und Kommunikationen jeglicher Art zurückzuhalten, wenn die Sicherheit des Staates oder die öffentliche Ordnung gefährdet ist. Wann dies der Fall ist, liegt im Ermessen der Ämter oder zuständigen staatlichen Stellen. Daß es selbst über die zu verwendenden Sprachen Vorschriften gibt, zeigt nur, wie sensitiv dieses Problem ist. Verständigung über die Grenzen hinweg in nicht offiziell genehmigten Sprachen und Schriften ist nicht gestattet, weil schwer zu kontrollieren. -st-

*(20)

Eugenik-Gesetzentwurf

Dem Ständigen Ausschuß des VIII. NVK wurde am 20.12.1993 auf seiner 5.Sitzung der Entwurf für ein "Gesetz über Eugenik und Gesundheitsschutz" zur Diskussion vorgelegt. Auf der Sitzung gab Gesundheitsminister Chen Minzhang folgende Erläuterungen zu der Gesetzesvorlage (vgl. RMRB, 21.12.93):

Die Erscheinung minderwertiger Geburten (*liesheng*) sei in China noch sehr verbreitet. In China gebe es unter fünf Arten von Behinderten über 10 Millionen mit angeborenen Behinderungen, das seien 9,8 Promille der Gesamtbevölkerung; darunter befänden sich 4,17 Millionen Kinder unter 14 Jahren. Ferner gebe es 10,17 Millionen geistig Behinderte, das seien etwa 10 Promille der Gesamtbevölkerung; von Kindern unter 14 Jahren seien etwa 4 Millionen geistesschwach, das seien 10,7 Promille der Kinder unter 14 Jahren. Jedes Jahr würden etwa 300.000 - 460.000 Babies mit angeborenen Behinderungen (nur sichtbaren) geboren, das seien 13 - 20 Promille aller Neugeborenen. Die perinatale Sterberate betrage 26,17 Promille; von diesen sei ein Fünftel auf angeborene Schäden zurückzuführen.

In den unterentwickelten Gebieten Chinas, d.h. in den alten revolutionären Stützpunktgebieten, den Minderheiten- und Grenzgebieten sowie den armen Gebieten, sei das Problem minderwertiger Geburten besonders gravierend. Innerhalb des 8.Fünffjahrplans (1991-95) erlebe China gerade seinen dritten Bevölkerungsschub; wenn eine große Zahl von Babies geisteskrank oder mit erblichen oder angeborenen

Schäden zur Welt komme, dann bedeute das für den Staat notgedrungen eine zusätzliche wirtschaftliche Belastung. Millionen von Familien würden ins Unglück gestürzt, und die Qualität der Bevölkerung Chinas würde ganz offensichtlich sinken.

Die Erscheinung minderwertiger Geburten habe in der Gesellschaft größte Aufmerksamkeit erregt. Die breite Masse der Bevölkerung fordere die möglichst schnelle Einführung eines Eugenik-Gesetzes und wirksame Maßnahmen zur Verringerung minderwertiger Geburten. NVK und Politische Konsultativkonferenz hätten auf früheren Sitzungen Vorlagen, Anträge und Vorschläge zur beschleunigten Verabschiedung eines Eugenik-Gesetzes eingebracht. Deshalb müsse das Gesetz für Eugenik und Gesundheitsschutz schnellstens verabschiedet werden, um mit gesetzlichen Maßnahmen gute Geburten zu gewährleisten und minderwertige Geburten zu kontrollieren und zu reduzieren.

Da das Gesetz noch nicht verkündet ist, ist der Wortlaut der Gesetzesvorlage nicht bekannt. Über den Inhalt wurde jedoch in großen Zügen schon berichtet (vgl. XNA, 21.12.93). Danach ist mit dem Gesetz beabsichtigt, Infektionen und Erbkrankheiten zu verhindern und die Gesundheit von Mutter und Kind zu schützen. Leute mit Krankheiten wie Hepatitis, Geschlechts- oder Geisteskrankheiten, die vererbbar sind, dürfen nicht heiraten, solange sie solche Krankheiten haben. Schwangeren Frauen, bei denen bestimmte Infektionskrankheiten oder ein abnormer Fetus festgestellt werden, soll zum Schwangerschaftsabbruch geraten werden. Ehepaare dieser Kategorie sollen sich sterilisieren lassen. Organisationen, die mit vorehelichen Untersuchungen, Eugenik, pränataler Diagnose oder Sterilisation befaßt sind, müssen eine Genehmigung der Behörden auf Kreisebene und darüber haben. Auf diesem Gebiet tätiges Personal soll einer strengen Ausbildung unterliegen.

Die Gesetzesvorlage, so heißt es weiter, enthält keine Aussage darüber, ob China Euthanasie bei Babies mit angeborenen Schäden zulassen wolle, weil die internationale Gemeinschaft in dieser Frage noch zu keinem abschließenden Urteil gekommen sei. Eben- sowenig würden Fragen wie künstliche

Befruchtung oder Retortenbabies berührt, weil die Auswirkungen dieser Techniken umstritten seien und es für gesetzliche Begrenzungen zu früh sei. Die Regierung werde aber ihre Kontrolle und Aufsicht über diese Techniken verstärken. (Ebd.)

Im Rahmen der restriktiven Bevölkerungspolitik wird in China das Problem der Eugenik seit Jahren diskutiert. Aufgrund seiner kulturellen Tradition, in der individuelle Freiheitsrechte und die Vorstellung, daß auch krankes und behindertes Leben geschützt werden muß, nicht besonders tief verwurzelt sind, wird das Problem generell unbefangener als im Westen betrachtet. So wurde denn auch westliche Kritik an dem Gesetz von offizieller chinesischer Seite prompt zurückgewiesen. Ziel des Gesetzes sei es, so ein Sprecher des Gesundheitsministeriums, die Qualität des chinesischen Volkes zu verbessern und vor allem die Gesundheit von Mutter und Kind zu schützen. Keinesfalls würden Mütter gezwungen, abzutreiben. Vielmehr respektiere das Gesetz das Recht des Individuums auf eigene Entscheidung; das Gesetz verbinde das Prinzip der Führung durch die Regierung und der freien Entscheidung des einzelnen. Auch könne das Gesetz absolut nicht mit der Rassenpolitik des "Dritten Reiches" verglichen werden. (IHT, 30.12.93; vgl. auch SZ, 20.12.93)

Heiratsverbot, Abtreibung und Sterilisation sind die im Gesetz vorgesehenen Methoden, mit denen Geburten geistig behinderter Babies oder von Babies mit Mißbildungen verhindert werden sollen. Wenn überhaupt, dann ist erst nach Veröffentlichung des Gesetzestextes zu beurteilen, ob und inwieweit freie Entscheidungen der Betroffenen möglich sind. Zu vermuten ist, daß zwar formal die freie Wahl besteht, de facto aber Druck ausgeübt wird - ähnlich wie bei der Geburtenregelung, durch die Frauen aufgrund des starken moralischen Drucks im Falle ungenehmigter Schwangerschaften in der Praxis häufig zum Abtreiben gezwungen werden. -st-

Außenwirtschaft

*(21) 12 Mrd.US\$ Außenhandelsdefizit 1993

Die Zollstatistik weist für 1993 einen Anstieg des Außenhandels um 18,2% gegenüber 1992 aus; wertmäßig belief sich der Außenhandel auf insgesamt 195,72 Mrd.US\$. Aufgrund des schnelleren Importwachstums von 29% (103,95 Mrd.US\$) gegenüber der Wachstumsrate der Exporte von lediglich 8% (91,77 Mrd.US\$) verzeichnete der Außenhandel zum ersten Mal seit 1989 wieder einen negativen Saldo, der 12,18 Mrd.US\$ betrug.

Auch in diesem Jahr entfielen auf Textilien und Bekleidung mit 29,6% (27,13 Mrd.US\$) fast ein Drittel der Exporte, die um 7,2% gegenüber dem Vorjahr erhöht werden konnten. An zweiter Stelle standen mit einem Anteil von 24,7% (22,7 Mrd.US\$) die Exporte von Maschinen und elektronischen Geräten; ihre Ausfuhr erlebte eine Steigerung von 16,1%.

Auf der Importseite stellten Maschinen und elektronische Geräte, einschließlich Kfz, Flugzeuge, Telefonanlagen, Textil-, Bau- und Bergbaumaschinen sowie Maschinen für die Verarbeitung von Metallen, Gummi und Plastik, mit 47,6% (49,46 Mrd.US\$) fast die Hälfte aller Importe, ein Anstieg um 41,7% gegenüber dem Vorjahr. Auch der Rohstoffimport nahm 1993 stark zu. So erhöhten sich die Stahlimporte um 327% (30 Mio.t) und die Erdölimporte (raffiniert) um 128% (17,48 Mio.t).

Der Außenhandel der Auslandsunternehmen nahm 1993 mit einem Anstieg der Exporte um 45,4% (25,24 Mrd.US\$) und der Importe um 58,6% (41,83 Mrd.US\$) kräftig zu. Der Anteil der Auslandsunternehmen am Export erhöhte sich auf 27,5% und der Importe auf 40,2%.

Die größten Handelspartner waren 1993 Japan, Hongkong, die USA, die EG, Taiwan, Südkorea, Rußland, Singapur, Australien und Kanada. Die chinesische Zollstatistik (!) weist Im-

porte aus Japan in Höhe von 23,25 Mrd.US\$ und Exporte nach Japan von 15,79 Mrd.US\$ aus. Hongkong importierte chinesische Produkte im Werte von 22,06 Mrd.US\$ und exportierte nach China 10,48 Mrd.US\$. Aus den USA wurden Waren im Werte von 10,69 Mrd.US\$ importiert, während die chinesischen Exporte in die USA 16,96 Mrd.US\$ ausmachten. (Xinhua News Agency, in English, 8.1.93, in SWB, 10.1.94)

Für das Handelsbilanzdefizit 1993 sind eine Reihe von Gründen verantwortlich. So absorbierte die boomende Binnenwirtschaft einen Teil der für den Export bestimmten Produkte, während die Knappheiten vor allem bei Rohstoffen die Importe erhöhten. Wie oben gezeigt, trugen vor allem die Importe von Maschinen und Elektronik zum Importsog bei.

Für 1994 wird mit einem Außenhandelsvolumen von rd. 200 Mrd.US\$ bei Exporten von rd. 100 Mrd.US\$ gerechnet. Der erwartete Anstieg der Exporte um 8,9%, der durch die Wechselkursveränderung begünstigt werden könnte, wird jedoch nicht leicht zu realisieren sein. So werden die USA eine verschärfte Quotenbegrenzung für chinesische Textilien ab 1994 einführen, die das Exportvolumen um rd. 1 Mrd.US\$ verringern könnte. Grund für diese Handelsbeschränkung ist der Vorwurf der USA gegenüber China, bestehende Quotenregelungen durch Drittländerexporte umgangen zu haben. (HB, 11.1.94) -schü-

* (22) Senkung der Importzölle und Einführung neuer Importquoten

Zum 30.12.93 werden die Zollsätze von 2.898 Zolltarifpositionen gesenkt, so daß der durchschnittliche Zollsatz um 3,5% auf 36,4% zurückgeht. Die Entscheidung erfolgte mit Blick auf den erhofften GATT-Beitritt. Größere Veränderungen der Zölle erfolgten z.B. bei Kaffee und Seife (100 auf 50%) und bei Kosmetika (120 auf 55%). Auch die Zollsätze von lichtempfindlichen Materialien (z.B. Farbfilme 120 auf 60-70%) sowie Farbfernseher (z.B. Fernsehgeräte mit einem Durchmesser unter 42 cm 100 auf 50%), elektrischen Küchengeräten und Tonbändern wurden reduziert. Zu den

Importen, die ebenfalls eine Zollsenkung aufweisen, zählen auch solche mit knappem Angebot, u.a. Rohmaterialien, Maschinen und Ausrüstungen. (NfA, 23.12.93)

Um den Einfluß der Reform des Wechselkurssystems zu kompensieren, ist weiterhin für 1994 die Einführung neuer vorläufiger Zollsätze für 234 Importkategorien und neun Exportkategorien geplant. Die vorläufigen Zollsätze werden niedriger als die allgemein gültigen Vorzugszölle sein. Niedrigere Zölle sollen dann für den Import wichtiger Rohstoffe für die industrielle und landwirtschaftliche Produktion gelten, einschließlich Pestiziden und Kunstdünger, sowie für nicht im Inland hergestellte Ersatzteile und elektrische Produkte. Vorläufige Zollsätze für den Export werden u.a. Blei, Zink, Zinn, Phosphor und Benzin betreffen. (XNA, 31.12.93)

Vor dem Hintergrund des hohen Handelsbilanzdefizits (12 Mrd.US\$ für 1993) werden 1994 neue Importquoten eingeführt. Beschränkt werden soll hierdurch die Einfuhr von 18 Importgütern, u.a. Pkw, Motorräder und Videorekorder. (BfAI/NfA, 28.12.93) Nähere Informationen hierzu werden voraussichtlich im Januar vorliegen. -schü-

* (23) Reform des Wechselkurssystems

Zum 1. Januar 1994 wird das zweigleisige Wechselkurssystem vereinheitlicht, indem die für Ausländer und Devisentransaktionen bestimmte Sonderwährung, die Foreign Exchange Certificates (FEC), abgeschafft wird. Weiterhin erfolgt eine Anpassung des offiziellen Wechselkurses an das Niveau der Umtauschrate auf den Devisen-Swapmärkten. Der neue einheitliche Wechselkurs wird täglich von der Zentralbank auf der Basis der Umtauschrate des Vortages auf dem Devisenmarkt und unter Einbeziehung der wichtigsten Währungsveränderungen auf den internationalen Finanzmärkten bekanntgegeben. Das neue Wechselkurssystem wird als gelenktes Floaten beschrieben. (Die Zentralbank hat entsprechende Bestimmungen zur Reform des Devisenverwaltungssystems Ende Dezember 1993 veröffentlicht: "Announcement by the People's Bank of